

Verheimlichte Beraterkosten: Bundesumweltministerium verschleudert hunderte Steuermillionen

30. Oktober 2019

<https://www.journalistenwatch.com/2019/10/30/verheimlichte-beraterkosten-bundesumweltministerium/>



"Umweltfreundliche" Steuergeldvernichtung durch Beraterkosten (Symbolbild:Shutterstock)

Berlin – Nach der Berater-Affäre im Bundesverteidigungsministerium und der erst vor einigen Wochen bekanntgewordenen Explosion von Beraterkosten im Verkehrsministerium zeichnet sich der nächste Regierungsskandal ab: sagenhafte knapp 600 Millionen Euro Ausgaben für „externe Leistungserbringer“ hat das Bundesumweltministerium (BMU) alleine zwischen 2014 und 2018 rausgehauen. Besonders pikant dabei: Anders als ihre Ministerkollegen hatte Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) die Ausgaben offenbar dreist verschleiert.

Vor dem Parlament hatte sie sich Schulte regelmäßig damit gebrüstet, als einziges Ministerium komplett „ohne Beraterkosten auszukommen“. Eine glatte Irreführung und Falschbehauptung – wie der Bundesrechnungshof in seinem aktuellen Prüfbericht in schonungsloser Offenheit feststellt. Der „[Spiegel](#)“ zitiert aus dem für den Haushaltsausschuss des Bundestags erstellten Revisionsbericht der Rechnungsprüfer. Demnach wurde wohl ein ausgeklügeltes System der Verschleierung praktiziert, um die Auskehrung der Steuermillionen an mit Aufträgen bedachte oder anderweitig begünstigte Dienstleistungs- und Beraterunternehmen, Kanzleien und Organisationen zu tarnen. 3685 „Einzelaufträge“ für 587,5 Millionen Euro seien im Berichtszeitraum vergeben worden. Erst auf Vorhalt „korrigierte“ das BMU seine Angaben – und räumte („wegen der politischen Bedeutung“) 1.000 Projekte für rund 110 Millionen Euro ein, die eigentlich korrekterweise als „Beraterleistungen“ hätten deklariert werden müssen.

Tricksen und betrügen durch Falschdeklaration

Der Rechnungshof hingegen sieht auch in den sonstigen Fällen klar meldepflichtige externe Dienstleistungen. Schultes Verwirrungsspiel erzürnt nun auch die Opposition; so kritisiert der haushaltspolitische Sprecher der „Grünen“ im Bundestag, Sven-Christian Kindler, die Praxis des Umweltministeriums scharf: „Es ist völlig inakzeptabel, dass das BMU bei den externen Beraterleistungen seit Jahren den Bundestag bewusst täuscht. Das geht gar nicht.“

Die Finanzprüfer schauten sich außerdem einmal etwas genauer an, wofür SPD-Schultes Beamte das Geld alles so zum Fenster hinaus schmissen. Sie nahmen 44 beispielhaft herausgegriffene Projekten näher unter die Lupe. Darunter fanden sich etwa „Untersuchungen über die ökologische Gestaltung des Tourismus oder den Globalen Umweltpakt“, die mit etlichen hunderttausenden Euro zu Buche schlugen, sowie Arbeitersuchen, bei denen „der Auftragnehmer Rat für zielorientierte Lösungsvorschläge für Verhandlungen“ geben sollte. Vor allem im Rahmen des „Aktionsprogramms Klimaschutz 2020“ wurde kräftig geaast: So sollte etwa ein Auftragnehmer „Massnahmenvorschläge“ erarbeiten. Ein anderer sollte die Vorschläge anderer Ministerien „kritisch bewerten“.

Worin die Notwendigkeit der honorierten Leistungen konkret bestand, erschloss sich den Prüfern in den meisten Fällen nicht. Durchgehend wird bemängelt, „warum die Leistungen außer Haus erstellt worden waren und warum nicht eigene Beamte sie hätten erstellen können“ – zumal, wie der Bericht anprangert, „ministerielle Kernaufgaben des BMU“ betroffen waren. Diese Frage stellt sich allerdings nicht erst bei diesem neuerlichen Skandal um Schultes Ministerium: Das gigantische Volumen der unter Angela Merkels Kanzlerschaft ins Kraut geschossenen Beraterkosten der Bundesregierung insgesamt ist mehr als suspekt. Alleine im ersten Halbjahr 2019 hatten, wie die das „[Hamburger Abendblatt](#)“ im Juli schrieb, alle 14 Ministerien des Kabinetts eine Summe von 178 Millionen Euro an Berateraufwendungen verursacht (die von Schulte verheimlichten Positionen waren, mangels offizieller Selbstauskunft, darin noch gar nicht enthalten) – angesichts der Tatsache, dass es über 20.000 Angestellte in den Ministerien gibt (Beamte und sonstige Mitarbeiter), eine völlig inakzeptable Größenordnung. Sie kann eigentlich nur so erklärt werden, dass hier – zumindest zu einem nicht unerheblichen Anteil – politische Landschaftspflege, verdeckte Zuwendungen und eine mutmaßliche großangelegte Veruntreuung öffentlicher Gelder durch Günstlingswirtschaft eine Rolle spielen.

Das BMU dank Klimahype als idealer Nährboden

Allerdings gestaltet sich die Aufklärung des Nachweises real missbräuchlicher Steuergeld-Zweckentfremdungen – ob nun vorsätzlich oder aus Dilettantismus herbeigeführt – mehr als schwierig, wie das schleppende Vorankommen selbst bei parlamentarischen Untersuchungsausschüssen (Fall von der Leyen, Gorch-Fock-Affäre usw.) beweist. Fakt ist: Um schnell an Geld zu kommen, um privaten oder politischen Freunden etwas Gutes zu tun und um den Staat zu schröpfen, sind als „Beraterhonorare“ deklarierte Geldabflüsse die Methode der Wahl.

Dass Schultes Ministerium im besonders großen Stil eine Freeloader- und Absahnerfraktion findiger „Berater“ und anderer „Auftragnehmer“ bedient, wird durch den Umstand begünstigt, dass die beiden heiligen Kühe und Hauptdomänen der aktuellen Politik – Energiewende und Klimaschutz – primär in die BMU-Zuständigkeit fallen. Inzwischen hängen unzählige NGO's, wissenschaftliche Einrichtungen, „Forschungsinstitute“, Projekte von Klima-Aktivisten und Energie-ThinkTanks an den Zitzen der staatlichen Förderung; die Abschöpfung von Staatsknete für später in den Schubladen verschwindende Pro-Forma-Gutachten, die kein je Mensch braucht und die weder Entscheidungshilfe noch praktischen Erkenntnisgewinn bieten, wachsen proportional zur Größe dieses ökologisch-ideologischen Komplexes. Praktisch: Kritik an der „Berater“-Schwemme lässt sich besonders leicht abschmettern mit Verweis auf die angebliche globale Dringlichkeit des Themas.

Besonders unverständlich – ja mit Blick auf mögliche Veruntreuung von Steuergeldern geradezu verdächtig – ist dabei folgender Aspekt: Die Umweltgesetzgebung erfolgt mittlerweile gar nicht mehr national, sondern ist längst de facto zur hundertprozentigen EU-Domäne geworden. So gut wie nicht kann in Berlin mehr ohne Brüssel genehmigt werden. Wie der Netzpublizist Roger Letsch heute auf Facebook schrieb, könnte man „ausgerechnet das Umweltministerium auch mit Pförtner, Putzkraft, Hausmeister und einer Bürokratie betreiben, die die Briefe aus Brüssel öffnet und als Befehle an die Betroffenen weiterreicht... buchstäblich nichts kann da beschlossen werden, die Kompetenz liegt längst in Brüssel (auch wenn sicher einige Beamte im Umweltministerium das noch nicht mitbekommen haben).“ Süffisant und treffend fragt sich Letsch, wieso angesichts dieser längst

erfolgten Kompetenzauslagerung soviel dennoch für Berater soviel Kohle verbraten wird: „Ich dachte, der Kohleausstieg sei längst beschlossene Sache?“ (DM)